

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 326

Einwohnerratssitzung vom Montag, 10. November 2003, 19.00 Uhr
in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	36 Einwohnerrats-Mitglieder 6 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	GR Rolf Wehrli, Priska Forter, Heinz Mattmüller, Christine von Arx, Fredi Wiesner
Vorsitz	Aldo Pavan, Präsident
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Hansueli Schwob

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Neues Bildungsgesetz: Änderung der Gemeindeordnung, 1. Lesung	2258
2.	Interpellation von Priska Forter betreffend „JMS“	2252
3.	Interpellation von Stephan Ackermann betr. „Jugendhauskommission“ / schriftliche Antwort des Gemeinderates	2263
4.	Motion von Siegfried Siegrist betreffend „Umnutzung Jugendhaus“	2254
5.	Postulat von Urs Hess betreffend „Effizienter Mitteleinsatz bei der Ju- gendarbeit“	2253
6.	Tätigkeitsbericht der GPK zum Amtsjahr 2002/2003	2270
7.	Überarbeitung der Erlasssammlung der Einwohnergemeinde Pratteln / Aufhebung von hinfälligen Reglementen	2262
8.	Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates, 2. Lesung	2250
9.	Antrag der RPK: Änderung von Ziff. 3.3.2.3.2 und Ziff. 3.3.2.3.3 des Ge- schäftsreglements des ER	2271

Mitteilungen

- Der Präsident begrüsst als neues Ratsmitglied Frau Daniela Dürr, SP
-

Geschäft Nr. 2258

Neues Bildungsgesetz: Änderung der Gemeindeordnung, 1. Lesung

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 3. Juni 2003

Eintreten

Ruedi Brassel: Es geht darum, ob der Schulrat auch in Zukunft vom Volk oder vom Einwohnerrat gewählt werden soll. Dieser Punkt betrifft die Substanz unserer Demokratie, weil die Volksschule und die Demokratie einen engen historischen und inhaltlichen Zusammenhang haben. Dieses Zusammenspiel hat eine lange Tradition und wenn wir das Volk von der Wahl des Schulrates ausschliessen, dann brechen wir mit dieser Tradition. Die Schule würde zu einer Parteisache. Wir würden Kreise ausschliessen, die jetzt und seit Jahren massgeblich die Schulen mitgestaltet und Verantwortung übernommen haben. Die parteiunabhängige Organisation „Schule und Elternhaus“ hat in drei Wahlgängen zwischen 29 und 37 Prozent der Stimmen erhalten. Wenn wir den Einwohnerrat als Wahlbehörde bestimmen, dann schliessen wir diesen guten Drittel aus. Das ist ein schwerwiegender Vorgang und die Politikverdrossenheit wird nicht abnehmen. Die SP-Fraktion ist mehrheitlich für den Vorschlag des Gemeinderates.

Erika Schaub: Wie gross ist doch der Unterschied zwischen der SP Pratteln und der SP Allschwil. Auch die SVP ist für die Volksrechte. Ich habe jedoch die Einwohnerratsprotokolle von Allschwil gelesen und die Voten der SP für eine Wahl durch den Einwohnerrat haben mich mehr überzeugt. Es ist überhaupt nicht gesagt, dass im Schulrat Parteimitglieder sein müssen. In der Sozialhilfe- und in der Vormundschaftsbehörde ist das auch nicht so und das hat sich bewährt. Eine Wahl durch den Einwohnerrat tut der Qualität keinen Abbruch. Es geht auch nur um eine ganz kleine Minderheit von cirka 20 Prozent, welche bei den Schulratswahlen an die Urne geht. Viele Leute wählen gar nicht, weil sie kinderlos oder die Kinder bereits erwachsen sind. Wir können auch die Vertreter von „Schule und Elternhaus“ berücksichtigen und die Fraktionen und Parteien sind gefordert, gute Leute zu suchen. Ich möchte mit aller Vehemenz sagen, dass ich absolut nichts gegen die zur Zeit im Schulrat engagierten Personen unternehmen will. Die Lösung in Allschwil hat mich überzeugt.

Siegfried Siegrist: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Direktberatung.

://: Eintreten ist unbestritten

Beratung / 1. Lesung

GR Beat Stingelin: Ich bin ganz klar der Meinung, dass ein Schulrat vom Volk gewählt werden soll. Warum? Wir brauchen Leute, die sich auf freiwilliger Basis engagieren. Personen die aktiv in „Schule und Elternhaus“ oder „Agenda 21“ tätig sind. Warum sollen wir diese ausschliessen? Wir müssen diese Leute nicht an eine Partei binden. Die Kosten sind kein Argument, es zählt nur die Vernunft. Zur Grösse des Schulrates: Der Kreisschulrat der Sekundarschule soll gemäss Kanton anhand der Bevölkerungszahl 11 Mitglieder zählen. Dort sind 720 SchülerInnen zu betreuen. Der Schulrat hat dies geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass 9 Mitglieder ausreichen. Je ein Mitglied von Augst und Giebenach und 7 Mitglieder, inklusive den Vertreter des Gemeinderates von Pratteln. Somit sind noch 6 Mitglieder zu wählen. Dieser Vorschlag ist der Regierung so unterbreitet worden.

Beim Ortsschulrat Primarschule und Kindergarten ist der Gemeinderat der Meinung, dass dieser 7 Mitglieder zählen soll. Ein Mitglied von Amtes wegen und 6 Mitglieder, die zu wählen sind. Dieses Gremium hat 1'010 SchülerInnen zu betreuen. Einiges mehr als die Sekundarschule. Man könnte sagen, kleine Kinder kleine Probleme, gro-

sse Kinder grosse Probleme. Dem ist aber überhaupt nicht so. Die Probleme fangen bereits im Kindergarten an. Und das massiv. Wir brauchen einen Schulrat, der von der Basis kommt und die Probleme kennt. Dieser sollte nicht theoretisch und nach politischen Gesinnungen arbeiten. In beiden Schulräten wird nicht politisch entschieden, sondern zum Wohl der Kinder. Ich bitte Sie, den Anträgen des Gemeinderates zu zustimmen.

Florian Reischenböck: Die Schweizerdemokraten lehnen den Antrag der SVP ab. Wir sprechen uns klar und deutlich für die Volkswahl und für die direkte Demokratie aus.

Nadia Maurer: Die Fraktion Unabhängige/Grüne kann den Antrag des Gemeinderates unterstützen und ist ganz klar für eine Volkswahl. Die Zusammensetzung des jetzigen Schulrates zeigt, dass doch einige Mitglieder vom politisch neutralen Verein „Schule und Elternhaus“ kommen. Der Schulrat darf nicht vorwiegend parteipolitische Anliegen vertreten. Das Wohl der SchülerInnen, der Eltern, der Lehrpersonen und aller involvierten Personen soll im Vordergrund stehen. Die Mitglieder von „Schule und Elternhaus“ haben bei einer Volkswahl eine gute Chance gewählt zu werden. Bei einer Wahl durch den Einwohnerrat ist dies nicht der Fall.

Siegfried Siegrist kritisiert das Vorgehen und bittet den Rat, die Voten bei den entsprechenden Paragraphen abzugeben.

Urs Hess: Grundsätzlich bin ich dafür, dass das Volk mitreden kann. Ich habe aber den Eindruck, dass das Volk bei einer Schulratswahl nicht so gerne mitredet. Ich will aber auch nicht, dass die Schule politisch wird. Bei einer Bestimmung des Schulrates durch den Einwohnerrat, kann man problemlos auch parteilose Leute wählen. Ich möchte aber nicht eine riesige Wahlveranstaltung durchführen, denn die Wahl durch den Einwohnerrat ist praktikabler.

Roland Pfäffli: Die Kindergartenkommission war zwar eine einwohnerrätliche Kommission, aber so wie sie gewirkt und gearbeitet hat, muss diese vom Volk gewählt werden. Politische Gedanken wurden weggelassen und wir haben immer auf das Wohl des Kindes geschaut. Ich bitte Sie, den Antrag des Gemeinderates zu unterstützen.

§ 6 Wahlen

Anträge der SVP-Fraktion: *Der § 6 Wahlen lautet neu:*

1. Antrag: 1) Die Stimmberechtigten wählen:
 c) ~~die Schulpflegen~~ (gestrichen)
2. Antrag: 2) ~~Einwohnerrat und Schulpflegen werden~~ wird nach dem Grundsatz der Verhältniswahl (Proporz) gewählt,

Ruedi Brassel bittet dem Vorschlag des Gemeinderates zu zustimmen.

Siegfried Siegrist: Die Mehrheit der FDP Fraktion unterstützt den Antrag der SVP, weil wir der Meinung sind, dass der Einwohnerrat den Schulrat wählen soll. Es wird immer schwieriger geeignete Kandidaten und Kandidatinnen zu finden. Mitglieder im Schulrat sollen eine hohe Kompetenz und eine gute Qualifikation haben.

Rudolf Meury: Wir brauchen die besten und die engagiertesten Leute für den Schulrat. Ich verstehe beide Seiten und der Unterschied ist nicht so gross. Vermutlich er-

halten wir bei einer Wahl durch den Einwohnerrat die besseren Leute, weil sich viele Leute nicht in der Öffentlichkeit präsentieren wollen.

Stephan Ackermann: Ich unterstütze das Eintretensvotum von Ruedi Brassel und den Antrag des Gemeinderates. Wir haben eine Volksschule und deshalb soll auch das Volk weiterhin die Möglichkeit haben, den Schulrat zu wählen. Ich finde es nicht gut, wenn sich die parteipolitisch neutrale Gruppe „Schule und Elternhaus“ an die Parteien anbinden lassen muss. Im Paragraf 45, Absatz 2 des Gemeindegesetzes steht: *„Änderungen der Gemeindeordnung, die die Behördenorganisation oder die Wahlart betreffen, sind spätestens sechs Monate vor Beginn der neuen Amtsperiode zu beschliessen.....“* Somit müsste die Änderung der GO spätestens am 1. Februar 2004 angenommen sein.

Stefan Löw: Es ist nicht einfach, geeignete Personen zu finden. Der Einwohnerrat kann sicher engagierte Personen hier nominieren. Die Gefahr besteht, dass sonst Listenfüller gewählt werden. Im weiteren bedarf es einer Volksabstimmung betreffend der Änderung der Gemeindeordnung. Hier liegt die Entscheidung beim Volk.

Kurt Lanz: Die Suche nach Kandidaten wird auch hier stattfinden. Entsprechend dem Proporz haben die Parteien ihre Stimmen zur Verfügung. Das kann wohl nicht sein, wenn es um die Schule geht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Vertreter von „Schule und Elternhaus“ einmal bei der SVP und dann, je nach Sitzverteilung in der neuen Legislaturperiode, bei einer anderen Partei kandidieren. Die Mehrheiten wechseln von Legislaturperiode zu Legislaturperiode und ich bitte Sie, einer Volkswahl zu zustimmen.

Erika Schaub: Bei den Schulräten besteht das Parteipolitische. Das kann nicht einfach wegdiskutiert werden, weil ja fast jede Partei eine Liste macht. Es wäre doch einfacher, wenn der Einwohnerrat die Schulräte wählt.

GR Beat Stingelin: Allschwil ist die einzige Gemeinde, welche den grössten „Stunk“ gehabt hat und nicht einmal eine Frau in den Schulrat gewählt hat. Das soll für uns ein Vorbild sein ? Wir haben bereits jetzt engagierte Personen und wir müssen sie nicht suchen. Gebt diesen Leuten noch einmal eine Chance und wenn sie ihre Arbeit gut machen, dann werden sie auch wieder gewählt.

Heinz Schiltknecht: Das Votum von Stephan Ackermann ist entscheidend und unbedingt zu beachten. Haben wir dieses Jahr noch eine Volksabstimmung ?

GR Beat Stingelin: Der Kanton schreibt: „Die Neuwahlen der Schulräte ist vom Regierungsrat auf den 16. Mai 2004 festgelegt worden. Allfällige Nachwahlen sind auf den 13. Juni 2004 angesetzt. Die Amtsperiode dauert vom 1. August 2004 bis 31. Juli 2008“.

Ruedi Brassel: Die nächste Volksabstimmung müsste am 30. November 2003 stattfinden. Auch bei einer Abstimmung am 8. Februar 2004 reicht die Zeit nicht aus.

Abstimmungen

- ://: 1. Mit 18 : 16 Stimmen und 2 Enthaltungen wird der 1. Antrag der SVP abgelehnt
2. Mit 16 : 13 Stimmen und 7 Enthaltungen wird der 2. Antrag der SVP abgelehnt

§ 21¹ Schulräte

Siegfried Siegrist: Wir stellen folgenden Antrag: „Der Ortsschulrat besteht aus 5 Mitgliedern.“ Das Neue Bildungsgesetz sieht vor, dass viele Aufgaben im operativen Bereich der Schulleitung übertragen werden. Insbesondere fallen die Schulbesuche weg. Die Bearbeitung der strategischen Ziele und Aufgaben verlangt eine hohe Qualifikation und Kompetenz. Dafür reichen 5 Mitglieder aus. Im Sinn einer effizienten und schlanken Organisation bitte ich Sie, den Antrag, den viele Gemeinden auch beschlossen haben, zu unterstützen.

GR Beat Stingelin: In der jetzigen Phase der Umbauarbeit und mit den Aufgaben in naher Zukunft brauchen wir ganz klar 7 Mitglieder. Wenn wir in vier Jahren sehen, dass 7 Mitglieder zuviel wären, dann kann man immer noch darauf zurückkommen.

Ruedi Brassel: In diesem Bereich waren bis jetzt 14 Personen zuständig. In der jetzigen Umstrukturierungsphase gibt es genügend Bereiche, welche diskutiert und geregelt werden müssen. Das braucht eine breite Abstützung.

Erika Schaub: Es ist doch klar, dass bei der Umstrukturierung 7 Mitglieder nicht mehr die gleiche Arbeit tun wie vorher 14 Personen. Sie wissen ganz genau, dass ein Zurückkommen auf einen Beschluss weder beim Kanton noch bei den Gemeinden einfach ist. Die Erfahrung zeigt, dass Abbauen nie mehr geht.

GR Beat Stingelin (mit Hellraumprojektor): Das ist eine Behauptung. Grundsätzlich ist die Unsicherheit zur Zeit, welche vom Kanton aus kommt, sehr gross. Wenn man klüger wird, dann ist eine Veränderung möglich. Wir haben hier 1'010 SchülerInnen zu betreuen. Der Regierungsrat hat sich bei der Festsetzung der Anzahl sehr wohl etwas überlegt.

Stefan Löw: Mehr Mitglieder kommen nicht einfach zu besseren Entscheiden. Weniger ist hier Mehr und das tragende Element in diesem Gremium ist sicher der Gemeinderat. Entscheide werden effizienter und schneller gefällt.

Kurt Lanz: Mehr Leute können mehr Aufträge in kürzerer Zeit erledigen.

Dieter Stohler: Warum schlägt der Regierungsrat 11 und der Gemeinderat in Abweichung davon nur 7 vor ?

GR Beat Stingelin: Der Regierungsrat schlägt 11 Mitglieder für den Kreisschulrat vor. Die Sekundarschule schlägt jedoch 9 Mitglieder vor. Jetzt geht es um den Ortsschulrat.

Abstimmung

://: Der Antrag der FDP wird mit 20 : 16 Stimmen abgelehnt.

§ 21² und 21³ Schulräte

keine Wortbegehren

§ 21⁴ Schulräte

Antrag der SVP:

„6 Mitglieder des Ortsschulrates und die frei zu wählenden Prattler Mitglieder des Kreisschulrates werden vom Einwohnerrat gewählt.“

Abstimmung:

://: Der Antrag der SVP wird mit 19 : 14 Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Rolf Wirz: Ich finde diesen Absatz überflüssig, weil das schon im Paragraf 6 geregelt ist.

Ruedi Brassel: Es ist zwar redundant aber nicht ganz überflüssig, weil hier die Anzahl 6 genannt wird.

§ 21⁵ Schulräte und § 21⁶ Schulräte

keine Wortbegehren

Ende der 1. Lesung

Geschäft Nr. 2252

Interpellation von Priska Forter betreffend „JMS“

Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2252 vom 22. Mai 2003

GR Felix Knöpfel: 1. Was sind diese juristischen und administrativen Gründe ? Bis anhin wurde das Abmeldesystem angewendet. Von 5 – 10 Personen wurde die Abmeldung jeweils „verlauert“. Das Kind blieb auf der Schülerliste angemeldet und der Lehrer hat den Lohn erhalten. Beim Versuch das Schulgeld mittels Mahnungen und Betreibungen einzufordern hat es Beschwerden, Rekurse bis hin zu Gerichtsverhandlungen gegeben. Das war mit einem grossen Zeit- und Administrationsaufwand verbunden. Jetzt wird das Anmeldesystem angewendet und die Eltern müssen das Kind bis zum 15. November oder 15. Mai anmelden. 2. Ist es im Zusammenhang mit der Reduzierung von Dienstleistungen und im Sinne von Sparmassnahmen sinnvoll hunderte von SchülerInnenanmeldungen alle halbe Jahre neu zu bearbeiten ? Die Anmeldung wird von den Lehrpersonen direkt den Kindern zu Händen der Eltern abgegeben. Es entstehen keine Portokosten. Der Vorteil dieses Systems ist, dass der Lehrer mit dem Kind eine Standortbestimmung machen muss. 3. Warum reicht der bürokratisch sehr viel kleinere Aufwand Abmeldungen zu verlangen, nicht mehr aus ? Wir verlieren damit weniger Geld, weil der bürokratische Aufwand, wie bereits unter Punkt 1 dargelegt, geringer ist. 4. Was ist mit SchülerInnen, die seit Jahren Unterricht nehmen und nun diese Neuanmeldung verpasst haben ? Werden die jetzt von der JMS ausgeschlossen ? Der Kreismusikschulrat hat beschlossen, während eines Jahres Toleranz walten zu lassen und diese Kinder im nachhinein zu berücksichtigen. Der Systemwechsel wurde von der damaligen Kommission einstimmig beschlossen. Das System hat sich nun gut bewährt und ich sehe keinen Grund, das anders zu machen.

Erika Schaub beantragt im Auftrag von Priska Forter Diskussion: Wie viele Kinder müssen sich anmelden ?

GR Felix Knöpfel: Das sind rund 850 Kinder.

Erika Schaub: Lohnt sich der Systemwechsel, wenn sich 10 nicht abgemeldet haben und dafür müssen sich 850 neu anmelden ?

Dieter Stohler bemängelt das formale Vorgehen in dieser Sache und verweist auf das Geschäftsreglement Ziffer 3.1.7.4, wonach nur die Interpellantin Diskussion verlangen kann.

GR Felix Knöpfel: Wir verschieben lediglich die Administration von zwei angestellten Personen an die Eltern von 850 Kindern.

Heinz Schiltknecht: Ich finde das neue System einen „Humbug“. Da wird eine Administration kreiert, welche absolut nicht notwendig ist. Es ist sicher nicht die Aufgabe der Gemeinde, Personal anzustellen, um diese Formularflut zu kontrollieren und zu bearbeiten. Ich vermute, dass es teurer kommt.

GR Felix Knöpfel: Warum müssen wir das Rad neu erfinden, wenn alle anderen Gemeinden genau nach diesem neuen Verfahren arbeiten ? Ausser von Priska Forter habe ich noch keine einzige Reklamation erhalten.

Stefan Löw und **Alexander Martin** können die Ausführungen von GR F. Knöpfel unterstützen und den Systemwechsel gutheissen.

Geschäft Nr. 2263

Interpellation von Stephan Ackermann betreffend „Jugendhauskommission“ / schriftliche Antwort des Gemeinderates

Aktenhinweis:

- Interpellation Nr. 2263 vom 18. August 2003
- Schriftliche Antwort des Gemeinderates vom 9. September 2003

Stephan Ackermann bedankt sich für die schriftliche Antwort und verzichtet auf eine Diskussion.

Geschäft Nr. 2254

Motion von Siegfried Siegrist betreffend „Umnutzung Jugendhaus“

Aktenhinweis:

- Motion Nr. 2254 vom 26. Mai 2003

Siegfried Siegrist: Ich will das Jugendhaus nicht schliessen, sondern umnutzen. Um die Gemeindefinanzen steht es nicht gut und wir müssen sparen. Bei der Bewilligung der 120 Stellenprozent wurde, leider entgegen den Äusserungen, an einem anderen Ort nicht gespart. Wir können uns eine so teure Institution für eine wirklich kleine Minderheit nicht leisten. Das Machbare muss vom Wünschbaren getrennt werden. Andere Gemeinden haben auch Jugendhäuser, geben aber einiges weniger aus als wir. Wir geben für das Jugendhaus und für das streetwork rund eine halbe Million Franken aus. Allschwil gibt CHF 237'000.— (inklusive mobiler Jugendarbeit), Binningen CHF 172'000.—, Birsfelden CHF 240'000.— und MuttENZ CHF 203'000.— (alle drei ohne streetwork) aus. Wir wollen den Betrieb im Jugendhaus anders gestalten, optimieren und besser auslasten. Herr Kraus von Allschwil hat ausgesagt, dass er eine wesent-

lich bessere Durchmischung erreicht hat. Dort besuchen Lehrlinge, Studenten, Berufsschüler und sonstige Schüler das Jugendhaus. Wir müssen, wie andere Gemeinden auch, einen Schritt in die richtige Richtung tun und das Reglement anpassen.

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat beantragt, den Vorstoss von Siegfried Siegrist als Postulat entgegen zu nehmen. Auch wir sind der Meinung, dass eine Umnutzung durchführbar wäre. Wie das zu tun ist, muss mit den Kommissionen (Jugendkommission, Betriebskommission Jugendhaus und allenfalls mit der Betriebskommission Robi) besprochen werden.

Walter Biegger: Wir anerkennen durchaus, dass im Jugendhaus eine seriöse Arbeit geleistet wird. Allerdings für eine relativ kleine Gruppe von Jugendlichen, die zum Teil nicht einmal in Pratteln wohnhaft sind. Die Kosten gemäss Budget 2003 von rund CHF 430'000.— sind sehr hoch. Es wäre schön, wenn wir uns diese Ausgabe leisten könnten. Dem ist aber leider nicht so, wie der Finanzplan mit aller Deutlichkeit aufzeigt. Wir können uns das schlicht und einfach nicht mehr leisten. Die SVP-Fraktion unterstützt inhaltlich das gestellte Begehren. Derartige Einschnitte sind sicher schmerzhaft, aber es ist unvermeidbar.

Stephan Ackermann: Die Motion ist dubios verfasst. Wenn man reinen Wein einschenken würde, dann heisst das, dass man das Jugendhaus schliessen soll. Das Jugendhaus würde, nach einer Trennung von der Gemeinde Pratteln, einer privaten Trägerschaft übergeben. Gleichzeitig würde man der privaten Trägerschaft Auflagen erteilen. Zu diesen Vorstellungen hat der Motionär noch nichts gesagt. Die Vorstösse zeigen, dass das Jugendhaus für viele Leute in Pratteln ein Dorn im Auge ist. Doch gerade der Einwohnerrat weiss über die Wichtigkeit der geleisteten Arbeit im Jugendhaus. Dieser Rat hat im Jahre 2002 das ausführliche Papier „Zukunft der Jugendarbeit der Gemeinde Pratteln“ zur Kenntnis genommen. Deshalb ist es für die Unabhängigen/Grünen nicht verständlich und nachvollziehbar, dass man diese Motion unterstützen kann. Pratteln muss und darf sich eine gute Jugendarbeit leisten. Ich bin absolut dagegen, bei einer solchen Institution den Rotstift anzusetzen, wo Jugendliche, die keine Lobby haben, sich zu Hause fühlen. Vor allem ausländische Jugendliche haben überhaupt keine Lobby und Unterstützung. Die gesamte Jugendarbeit (Jugendhaus, Robi, streetwork) ist sehr gut und leistet einen grossen Beitrag zum guten Zusammenleben in unserer Gemeinde. Es wird nicht möglich sein, das Jugendhaus privat zu führen. Hingegen können wir unterstützen, dass die Räume und die Infrastruktur einer breiteren Bevölkerungsschicht zur Verfügung stehen sollen. Aber ganz klar ohne Einschränkung der Arbeit, welche von der Jugendhausleitung geleistet wird. Bestimmt könnte die Jugendhauskommission auf dieses Ziel hinarbeiten, wenn alle beteiligten Personen am gleichen Strick ziehen würden. Ich hege jedoch Zweifel, dass die Motion am gleichen Strick zieht, geschweige denn in die gleiche Richtung. Wir weisen darauf hin, dass im Jugendhauskonzept steht, dass die Räume möglichst umfassend und flexibel genutzt werden. Diese Mehrfachbenützung wäre also schon möglich und bringt positive Synergien. Das Budget wird jedoch kaum gross entlastet. Ich bin überzeugt, dass der positive Aspekt der Jugendarbeit die Jugendlichen nachhaltig beeinflusst, und somit bei anderen Budgetposten Geld gespart werden kann. Wir fordern die FDP auf, die Motion wie folgt zu ändern: *„Antrag an den Gemeinderat: Das Reglement für das Jugendhaus Pratteln vom 27.10.1997 und das Konzept für das Jugendhaus Pratteln vom 12.8.1997 umgehend zu überarbeiten mit dem Ziel, dass das Jugendhaus auch die Funktion einer Begegnungsstätte für eine breite Bevölkerungsschicht als Treffpunkt und Veranstaltungsort übernimmt. Ohne gravierende Einschränkung des heutigen Jugendhausbetriebes.“*

Heinz Schiltknecht: So wie das Papier vorliegt ist es weder eine Motion noch ein Postulat, weil im letzten Absatz ein Termin genannt und die Ausserkraftsetzung eines Reglements verlangt wird. Das geht nicht und ist unzulässig. Der letzte Satz muss gestrichen werden, ansonsten kann man gar nicht darauf eintreten.

Kurt Lanz: Der Vorstoss ist für mich nicht akzeptabel. Die Jugendhauskommission hat über die verschiedenen Vorstösse, über die Aussagen der Jugendanwaltschaft und der Kantonspolizei gesprochen. Es hat sich gezeigt, dass es schwierig ist, die Jugendarbeit in einer „geldwerten“ Darstellung zu präsentieren. Wir sind aber überzeugt, dass Prävention Geld spart. Der Mittagstisch mit Arbeitslosenprojekt findet auch im Jugendhaus statt und die Leiter leisten noch andere Arbeit. Als Beispiel sei die Jungbürgerfeier erwähnt. Eine optimale Nutzung des Hauses kann auch ohne parlamentarische Vorstösse geprüft werden. Das Jugendhaus bietet Möglichkeiten sich zu treffen, zu plaudern, Musik zu hören, zu spielen und sich ohne Konsumzwang an einem Ort aufhalten zu können. Das Jugendhaus bietet Informations- und Beratungsmöglichkeiten an und ist Anlaufstelle in Krisensituationen. Es ist ein Raum, um mit den Regeln der Gesellschaft konfrontiert zu werden, für Persönlichkeitsentfaltung, den Umgang mit fremden Kulturen kennen zu lernen und Sinnfragen zu klären. Was meint die gemeinderätliche Kommission für Jugendfragen dazu? Es stellt sich vorab die Frage, ob die Gemeinde noch etwas zu sagen hat, wenn das Jugendhaus von einer privaten Trägerschaft betrieben wird. Eine Schliessung des Jugendhauses ist nicht realistisch und die Jugendbeauftragten können nicht alles auf der Strasse auffangen. Man möchte klären, was ein Jugi alleine kostet, ohne Löhne der Jugendbeauftragten. Im Erli hat es 75 Prozent fremdsprachige Schülerinnen und Schüler pro Klasse. Das Konfliktpotential ist sehr hoch. Wenn diese Jugendlichen nicht aufgefangen werden, sind grosse Schäden, Vandalismus, etc. in Pratteln zu erwarten. Eine soziale Bombe tickt. Die Kommission findet eine zusätzliche Nutzung positiv und möchte auch, dass die Kosten transparenter werden. Sie hat grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, wenn man Sparmöglichkeiten prüft.

Leider haben wir keine repräsentative Studie oder Diplomarbeit gefunden, welche den finanziellen Aufwand einer Gemeinde in diesem Bereich untersucht hat. Im Jugendhaus treffen verschiedene Nationen aufeinander. Diese Gruppen brauchen einen Ort, wo sie versuchen, miteinander auszukommen und eine wertvolle Chance erhalten, um Konfliktfähigkeit zu üben und Werte der Toleranz und gegenseitigen Akzeptanz zu verinnerlichen. Gerade in einer Zeit in welcher sich Gruppierungen tendenziell mehr oder weniger aggressiv von einander abgrenzen, ist es wichtig einen Ort zu haben, an dem ein multikulturelles Nebeneinander konkret ausprobiert und gelebt werden kann. Mit der Schliessung des Jugendhauses wird kein „Ausländerproblem“ gelöst. Das Jugendhaus ist ein wichtiger Knotenpunkt im Netzwerk der Pratteler Jugendarbeit. Hier laufen Informationen der Jugendbeauftragten, der Schule, der Gemeinde, vom Robi, aus Elternhäuser und der Polizei zusammen. Hilfesuchende Jugendliche können hier Kontakte knüpfen.

Aus Sicht der Jugendanwaltschaft BL wäre bei einer Schliessung des Jugendhauses tendenziell mit einem Anstieg der Jugendgewalt zu rechnen. Sie sagt aber auch folgendes aus: dem zeitweise von den Medien verbreiteten Bild, wonach Pratteln (und die Längi) einfach mit Jugendgewalt gleichzusetzen sind, können wir nicht zustimmen. Wir müssen also schauen, dass das so bleibt mit einem Jugendhaus wie es ist.

Florian Reischenböck: Die Schweizerdemokraten sind für Überweisung. Besonders gut gefällt mir die Idee einer privaten Trägerschaft und ich könnte mir da sehr gut den Gewerbeverein vorstellen.

Olga Aeberhard: Das Jugendhaus hat mich überzeugt. Die Fraktion ist der Meinung, dass das Jugendhaus noch besser genutzt werden könnte. Wir können den Vorstoss als Postulat überweisen.

Urs Baumann: Als ehemaliger Jugendhausbesucher möchte ich die Vorteile gar nicht abstreiten und die geleistete Arbeit ist gut. Wir sagen nicht, dass das Jugendhaus geschlossen werden muss. Wir wollen eine effizientere Nutzung. Die Frage ist erlaubt, warum wir doppelt so viel Geld ausgeben als alle anderen repräsentativen Gemeinden. Als Anwohner kann ich Ihnen versichern, dass die Stimmung bei der An-

wohnerschaft nicht sehr gut ist. Es hat ein bisschen gebessert aber nach wie vor verkehren Autos mit ausserkantonalen Nummernschildern vor dem Jugendhaus. Diese benutzen die Gottesackerstrasse als Rennpiste. Auch wird an Festen weiterhin Alkohol ausgeschenkt und konsumiert und die leeren Flaschen stehen in der Gegend herum, obwohl das gemäss Reglement verboten ist.

Siegfried Siegrist: Ich wiederhole: Ich will das Jugendhaus nicht schliessen, sondern umnutzen. Ich bin der Meinung, dass der Inhalt meines Vorstosses rechtens ist, denn sonst hätte ich es nicht so geschrieben. (Gelächter)

Maya Wittwer: In der Motion wird eine vorübergehende Schliessung erwähnt. Auch eine vorübergehende Schliessung ist eine Schliessung. Ich möchte wissen, wie die Kosten zusammengesetzt sind und was sie beinhalten. Sind die Kosten der Schulsozialarbeit enthalten? Ein Vergleich mit anderen Gemeinden ist nur möglich, wenn Erbsen und Äpfel nicht vermischt werden.

GR Felix Knöpfel: Die Schulsozialarbeit gehört in das Ressort von Beat Stingelin. Ich kann die Frage nicht beantworten.

GR Beat Stingelin: Der Kanton sagt, dass die Schulsozialarbeit übernommen wird. Wir brauchen aber noch Zeit, um die vielen Fragen mit dem Kanton zu klären.

Kurt Lanz: Ich zitiere aus dem Jugendkonzept: *Ist Jugendpolitik aktiv oder reaktiv? Das heisst, werden im politischen Bericht selber Vorstellungen und Aktivitäten für Jugendliche entworfen oder reagiert die Politik in diesem Bereich nur auf Druck von Aussen? Leider wird Jugendpolitik oft als aktiv formuliert aber reaktiv praktiziert.*

Im Verlauf der Diskussion wurden keine neuen Argumente vorgebracht.

://: Auf Antrag von **Siegfried Siegrist** wird eine „Auszeit“ beschlossen.

Siegfried Siegrist wandelt die Motion in ein Postulat um. Weiter wird der letzte Satz aus Zeitgründen gestrichen: ~~„Sollte sich die Umsetzung dieser Motion nicht bis Ende 2003 realisieren lassen, ist eine Ausserkraftsetzung des Reglements verbunden mit einer vorübergehenden Schliessung in Betracht zu ziehen.“~~

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 20 : 14 Stimmen und 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2254 wird in abgeänderter Form an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2253

Postulat von Urs Hess betreffend „Effizienter Mitteleinsatz bei der Jugendarbeit“

Aktenhinweis:

- Postulat Nr. 2253 vom 18. Mai 2003

Urs Hess: Jugendarbeit ist nicht eine leere Worthölse, sondern diese Arbeit muss geleistet werden. Ich bin aber überzeugt, dass die Jugendarbeit viel besser in den

Vereinen geleistet werden kann. Mit dem hier eingesparten Geld können wir die Vereine effizienter unterstützen. Ich will kein Geld für auswärtige Jugendliche ausgeben. Wir müssen die Prattler Jugend pflegen und ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen.

GR Felix Knöpfel: Der Gemeinderat beantragt Ihnen, das Postulat nicht zu überweisen. Wir wollen das Jugendhaus nicht schliessen, sondern umnutzen. Die angefragten Vereine sind gar nicht erpicht darauf, mit Geld unterstützt zu werden und es ist auch gar nicht erwiesen, dass in den Vereinen nur Kinder von Pratteln mitwirken. Deshalb ist das Argument gar nicht zutreffend.

Philipp Schoch: In Anbetracht der Überweisung des Vorstosses Nummer 2254 bitte ich Urs Hess, das Postulat zurückzuziehen.

Kurt Lanz: Die Jugendarbeit in den Vereinen ist nicht vergleichbar mit der Jugendarbeit des Jugendhauses. Im übrigen spielen auch Jugendliche von Pratteln in Vereinen anderer Gemeinden. Eine solche Regelung würde wohl kaum verstanden.

Petra Ramseier: Ich bin nicht überzeugt, dass die Vereine über die Regelung glücklich wären und die Jugendlichen des Jugendhauses für die Betreuung übernehmen müssten.

GR Elisabeth Schiltknecht: Man kann nicht davon ausgehen, dass es keine Jugendarbeiter oder Sozialarbeiter braucht, wenn die Vereine Geld bekommen. Auch die Jugendlichen mit Problemen treiben Sport. Der Vorstoss schützt nicht vor Problemen in der Familie oder in der Schule. Die Trainer in den Sportvereinen sind keine Fachleute in diesem Bereich.

Ruedi Handschin: Es sind die widersprüchlichsten Besucherzahlen publiziert worden. GR Felix Knöpfel hat von 20 bis 30 gesprochen, die Jugendhausbetreuer reden vom Doppelten. Mein Gesamteindruck ist, im Gegensatz zu Olga Aeberhard, nicht sehr positiv gewesen. Ich attestiere den Leuten aber, dass sie sehr gute Arbeit leisten. Die geforderte Durchmischung ist aber nicht realisiert und die Besucher sind, mit ein paar Ausnahmen, ausländischer Herkunft. Die Integration ist das oberste Ziel, findet aber zu wenig statt und ist eine reine Alibiübung. Beim Besuch im Jugendhaus kam es mir vor, wie an einem grossen Bahnhof mit vielen Autos. Von mir aus kann man das Jugendhaus schliessen. Eine allfällige Weiterführung muss aber an klare Vorgaben geknüpft sein. Integration muss verwirklicht werden. Nur für eine bestimmte Gruppe hat das Jugendhaus keine Berechtigung. Eine weitere Frage ist die Altersbeschränkung. Die Zielgruppe soll bis 20 Jahre sein.

Urs Hess: Wir haben folgende Aufgabe zu erfüllen: einerseits eine effiziente Jugendarbeit zu leisten und andererseits auf die Gemeindefinanzen zu schauen. Es kann nicht sein, dass wir für 20 Personen CHF 300'000.— bis CHF 400'000.— ausgeben. Die Angelegenheit muss überprüft werden.

Erika Schaub: Ich möchte von Felix Knöpfel wissen, welcher Verein kein Geld braucht. Das Jugendhaus soll eine Begegnungsstätte wie früher sein. Wir können es uns nicht leisten, für so wenig Leute, für eine kleine Randgruppe, so viel Geld auszugeben.

Kurt Lanz: Wir brauchen konstruktive Ideen, um die angestrebte Durchmischung zu erreichen. Wenn der Ort, wo das versucht werden soll, geschlossen wird, dann möchte ich wissen, wo den diese Durchmischung angestrebt werden soll. Zu den Besucherzahlen: das hängt von verschiedenen Faktoren und den angebotenen Anlässen ab. Zum Alter: es gibt auch Leute mit 20 Jahren, welche noch nicht erwachsen sind. Das Jugendhausteam arbeitet auch bei anderen Projekten mit wie zum Beispiel bei Schulprojekten, an der Mündigkeitsfeier, beim Kinder- und Jugendtag, bei der Alkoholprävention des Kantons und beim Mittagstisch.

Maya Wittwer: Wir verlangen von den Jungen, dass sie sich integrieren sollen. Die Erwachsenen müssen aber mit gutem Beispiel vorangehen. Der Grossteil der Vereine ist kaum bereit, auf Kosten der Jugendhaus-Schliessung, mehr Geld zu erhalten. Punkt zwei des Postulats ist gar nicht umsetzbar.

Stephan Ackermann: Das Postulat ist ehrlich verfasst. Ich kann es aber trotzdem nicht unterstützen und verweise auf meine Ausführungen zum Geschäft Nummer 2254.

Stephan Löw: Der Einwohnerrat muss die Rahmenbedingungen festlegen und es drängt sich eine Überarbeitung des Reglements auf. Geben Sie mit diesem Postulat dem Gemeinderat den Auftrag, das Reglement zu überdenken und zu überarbeiten.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 18 : 13 Stimmen und 5 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2253 wird nicht überwiesen.

Die Sitzung wurde um 22.05 Uhr abgebrochen.

Pratteln, 24. November 2003

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär:

Aldo Pavan Bruno Helfenberger